

Inhaltsübersicht

§ 1. Einleitung.....27

A. Problemstellung und Gegenstand der Untersuchung27

B. Gang der Untersuchung30

1. Teil: Kündigungsberechtigung

§ 2. Arten der Kündigungsberechtigung.....43

A. Kündigungsrecht als originäre Kündigungsberechtigung
der Vertragsparteien.....43

B. Kündigungsberechtigung kraft rechtsgeschäftlicher Vertretungsmacht43

C. Kündigungsberechtigung kraft organschaftlicher bzw. gesetzlicher
Vertretungsmacht50

D. Zusammenfassung zu § 2 und Bedeutung für das Arbeitsrecht53

§ 3. Kündigung bei zweifelhafter Kündigungsberechtigung.....55

A. Vertretung ohne Vertretungsmacht55

B. Vertretung ohne Vorlage der Vollmachtsurkunde62

C. Zusammenfassung zu § 364

**2. Teil: Anwendungsbereich und
Anwendbarkeitsvoraussetzungen des § 174 BGB**

§ 4. Anwendungsbereich des § 174 BGB.....67

A. Allgemeiner Anwendungsbereich67

B. Anwendungsbereich im arbeitsrechtlichen Kontext70

§ 5. Bevollmächtigung als Anwendbarkeitsvoraussetzung	73
A. Vertreter ohne Vertretungsmacht im Anwendungsbereich des § 174 BGB	73
B. Gesetzlicher Normalfall: Handeln eines Bevollmächtigten	77
C. Sonderfälle	79
D. Ergebnis zu § 5	105

3. Teil: Zurückweisungsrecht nach § 174 S. 1 BGB

§ 6. Vorlage der Vollmachtsurkunde	109
A. Vollmachtsurkunde	109
B. Elektronischer Vollmachtsnachweis	119
C. Blankovollmachtsurkunde und Inhaberurkunde als Vollmachtsurkunde	136
D. Anforderungen an die Vorlage der Vollmachtsurkunde	158
E. Nachweis der Vollmacht (Prokura) beim Prokuristen	169
F. Nachweis der Vertretungsmacht bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	175
G. Nachweis der Vertretungsmacht bei alleinvertretungsberechtigtem Gesamtvertreter im Falle von im Register publizierten Vertretungsverhältnissen	188
H. Nachweis der Vertretungsmacht beim Unterbevollmächtigten	188
I. Zusammenfassung zu § 6	189

§ 7. Geltendmachung des Zurückweisungsrechts	191
A. Unverzüglichkeit der Zurückweisung	191
B. Anforderungen an die Zurückweisungserklärung	196
C. Zusammenfassung zu § 7	206

4. Teil: Ausschluss des Zurückweisungsrechts

§ 8. Grundsätze der Inkenntnissetzung	211
A. Form und Zeitpunkt der Inkenntnissetzung	212
B. Informationslastverteilung: Handeln durch den Vollmachtgeber	216
C. Unmittelbarkeit der in Kenntnis setzenden Mitteilung	218
D. Zulässigkeit der Vertretung bei der Inkenntnissetzung und in Kenntnis setzende Vertretungsanzeige	220
E. Zusammenfassung zu § 8	223
 § 9. Möglichkeiten der Inkenntnissetzung	 225
A. Inkenntnissetzung durch Kundgabe der Bevollmächtigung im Arbeitsvertrag	225
B. Inkenntnissetzung durch Berufung in eine Stellung	228
C. Inkenntnissetzung durch Verweis auf vom Arbeitgeber bereitgestellte Wahrnehmungswege	250
D. Inkenntnissetzung durch Eintragung eines Prokuristen in das Handelsregister und die dortige Bekanntmachung	261
E. Inkenntnissetzung durch vom Vertreter vorgelegte formell unzureichende „Vollmachtsurkunden“	273
F. Ausnahmsweise mittelbare Inkenntnissetzung, insbesondere durch Attribut-Zertifikate	274
G. Inkenntnissetzung durch Mitteilung auf der Mitarbeiterversammlung und im Rahmen ähnlicher betrieblicher Foren	275
H. Konzernweite Inkenntnissetzung	277
I. Konkurrenz zwischen verschiedenen in Kenntnis setzenden Informationen	278

§ 10. Die Treuwidrigkeit der Zurückweisung nach § 242 BGB	281
--	------------

5. Teil: Zusammenfassung der Einzelergebnisse in Thesen

Arten der Kündigungsberechtigung	287
Kündigung bei zweifelhafter Kündigungsberechtigung	287
Anwendungsbereich des § 174 BGB	288
Bevollmächtigung als Anwendbarkeitsvoraussetzung	288
Vorlage der Vollmachtsurkunde	290
Geltendmachung des Zurückweisungsrechts	294
Grundsätze der Inkenntnissetzung	295
Möglichkeiten der Inkenntnissetzung	296
Treuwidrigkeit der Zurückweisung nach § 242 BGB	304
Literaturverzeichnis	305
Rechtsprechungsverzeichnis	323
Abkürzungsverzeichnis	335

Inhaltsverzeichnis

§ 1. Einleitung	27
A. Problemstellung und Gegenstand der Untersuchung	27
B. Gang der Untersuchung	30
 1. Teil: Kündigungsberechtigung	
 § 2. Arten der Kündigungsberechtigung	43
A. Kündigungsrecht als originäre Kündigungsberechtigung der Vertragsparteien	43
B. Kündigungsberechtigung kraft rechtsgeschäftlicher Vertretungsmacht	43
I. Anforderungen an eine wirksame Stellvertretung	44
1. Zulässigkeit der Vertretung	44
2. Abgabe einer eigenen Willenserklärung	44
3. Handeln im Namen des Vertretenen	45
4. Vertretungsmacht	45
5. Zusammenfassung zu I	46
II. Erteilung rechtsgeschäftlicher Vertretungsmacht (Vollmacht)	46
III. Beseitigung erteilter rechtsgeschäftlicher Vertretungsmacht (Vollmacht)	48
C. Kündigungsberechtigung kraft organschaftlicher bzw. gesetzlicher Vertretungsmacht	50
D. Zusammenfassung zu § 2 und Bedeutung für das Arbeitsrecht	53
 § 3. Kündigung bei zweifelhafter Kündigungsberechtigung	55
A. Vertretung ohne Vertretungsmacht	55
I. Grundsätze der Vertretung ohne Vertretungsmacht	55
1. Vertretung ohne Vertretungsmacht bei Verträgen	56

2.	Vertretung ohne Vertretungsmacht bei einseitigen Rechtsgeschäften	56
a.	Kenntnis vom Fehlen der Vertretungsmacht als Voraussetzung der Genehmigungsmöglichkeit nach § 180 S. 2 BGB	57
aa.	Historische Gesichtspunkte	57
bb.	Systematische Gesichtspunkte	59
b.	Voraussetzungen der Beanstandung	60
II.	Vertretung ohne Vertretungsmacht bei der Kündigung	61
B.	Vertretung ohne Vorlage der Vollmachtsurkunde	62
I.	Unterschied zur Konstellation des § 180 BGB	62
II.	Schutzzweck des § 174 BGB	63
C.	Zusammenfassung zu § 3	64
2.	Teil: Anwendungsbereich und Anwendbarkeitsvoraussetzungen des § 174 BGB	
§ 4.	Anwendungsbereich des § 174 BGB	67
A.	Allgemeiner Anwendungsbereich	67
B.	Anwendungsbereich im arbeitsrechtlichen Kontext	70
§ 5.	Bevollmächtigung als Anwendbarkeitsvoraussetzung	73
A.	Vertreter ohne Vertretungsmacht im Anwendungsbereich des § 174 BGB	73
I.	Rolle der Vertretungsmacht für den Anwendungsbereich	73
II.	Sonderkonstellationen	75
1.	Vorlage der Vollmachtsurkunde durch den aktuell Nicht-Bevollmächtigten	76
2.	Zurückweisung trotz fehlender Bevollmächtigung bzw. Beanstandung trotz Bevollmächtigung	76
III.	Ergebnis zu A	76
B.	Gesetzlicher Normalfall: Handeln eines Bevollmächtigten	77

C. Sonderfälle	79
I. Prokura: Anwendbarkeit des § 174 BGB auf einseitige Rechtsgeschäfte des Prokuristen	79
1. Wortlaut des § 174 BGB und systematische Gesichtspunkte	80
2. Gesetzliche Regelung des Umfangs der Prokura und Eintragungspflicht	81
a. Nicht in das Handelsregister eingetragene Prokura	81
b. In das Handelsregister eingetragene und dort bekannt gemachte Prokura	83
aa. Meinungsstand	83
(1) Rechtsprechung	83
(2) Literatur, insbesondere Ansicht <i>Kliemts</i>	84
bb. Eigene Stellungnahme	85
(1) Vergleichbarkeit zur gesetzlichen bzw. organschaftlichen Vertretungsmacht	85
(2) Einsehbarkeitsaspekt	85
(3) Wortlaut des § 174 BGB und charakteristische Gesichtspunkte	86
(4) Systematik und Zweck des § 174 BGB	86
(5) § 15 Abs. 2 HGB als <i>lex specialis</i>	87
(6) Teleologische Reduktion des § 174 BGB	89
(7) Zusammenfassung zu bb	89
3. Unechte Gesamtvertretung	89
4. Ergebnis zu I	90
II. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	90
1. Grundlagen der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	91
a. Charakteristik und Begründung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	92
b. Folge der Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	94
2. Vertretung bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	94
3. Anwendbarkeit des § 174 BGB auf die Vertretung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts bei der Kündigung durch ihre Gesellschafter	97

a.	Entsprechende Anwendung des § 174 BGB (h.A.) bei Handeln der Gesellschaft durch einen Teil ihrer Gesellschafter	97
b.	Entsprechende Anwendung des § 174 BGB bei gemeinsamem Handeln aller Gesellschafter	98
c.	Voraussetzungen der analogen Anwendung des § 174 BGB auf die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	99
aa.	Bestehen einer Regelungslücke	99
bb.	Planwidrigkeit der Regelungslücke	99
cc.	Vergleichbare Interessenlage	101
dd.	Ergebnis zu c	102
4.	Ergebnis zu II	102
III.	Zur Alleinvertretung ermächtigte Gesamtvertreter bei im Register publizierten Vertretungsverhältnissen	102
IV.	Untervollmacht	104
D.	Ergebnis zu § 5	105

3. Teil: Zurückweisungsrecht nach § 174 S. 1 BGB

§ 6.	Vorlage der Vollmachtsurkunde	109
A.	Vollmachtsurkunde	109
I.	Begriff der Vollmachtsurkunde	109
II.	Formanforderungen an die Vollmachtsurkunde	111
1.	Formbedürftigkeit der Vollmachtsurkunde	111
2.	Schriftform oder Textform	111
a.	Charakteristika der Schriftform	112
b.	Charakteristika der Textform	112
c.	Form der Vollmachtsurkunde i.S.d. § 174 S. 1 BGB	113
aa.	Historische Betrachtung	114
bb.	Verwendung des Begriffs der Urkunde	115
cc.	Systematische und teleologische Gesichtspunkte	116
d.	Ergebnis zu 2	119
III.	Zusammenfassung zu A	119

B. Elektronischer Vollmachtsnachweis	119
I. Schriftformersetzung durch elektronische Form	120
1. Charakteristika der elektronischen Form	120
2. Voraussetzungen der elektronischen Form	120
a. Elektronisches Dokument mit hinzugefügtem Ausstellernamen	120
b. Qualifizierte elektronische Signatur nach dem Signaturgesetz (SigG)	121
aa. Arten von Signaturen	121
bb. Funktionsweise von Signaturen mit Signaturschlüssel	122
(1) Fortgeschrittene elektronische Signatur	122
(2) Qualifizierte elektronische Signatur	122
cc. Attribute, insbesondere bzgl. Vertretungsmacht	123
3. Voraussetzungen für die Ersetzbarkeit der Schriftform im Hinblick auf die Vollmachtsurkunde i.S.d. § 174 S. 1 BGB	124
a. Ausschluss wegen Verwendung des Begriffs der Urkunde	125
b. Ausschluss wegen Vorlageerfordernis	126
c. Ausschluss wegen des Zwecks der Schriftformbedürftigkeit	126
d. Ausschluss wegen des Schutzzwecks des § 174 BGB	128
e. Ausschluss im konkreten Einzelfall aufgrund des Aspekts der Freiwilligkeit	130
f. Ergebnis zu 3	132
II. Verwendung von Unterschriftenpads zur eigenhändigen Unterzeichnung eines elektronischen Vollmachtsnachweises	132
1. Das Unterschriftenpad und seine Funktionsweise	132
2. Wahrung des Formerfordernisses der Vollmachtsurkunde	133
a. Einhaltung der Schriftform	133
b. Einhaltung der elektronischen Form	133
c. Teleologische Extension zu §§ 126, 126a BGB	134
3. Ergebnis zu II	135
III. Zusammenfassung zu B	135

C. Blankovollmachtsurkunde und Inhaberurkunde als Vollmachtsurkunde	136
I. Blankourkunde als Vollmachtsurkunde i.S.d. § 174 S. 1 BGB	136
1. Entstehen einer Vollmachtsurkunde aus einer Blankovollmachtsurkunde	138
2. Die Form der Ausfüllungsermächtigung	139
a. Grundsatz der Formfreiheit	139
b. Ausnahme der Formbedürftigkeit	140
aa. Grundsätze der h.A. zu Grundstückserwerbs- bzw. Grundstücksveräußerungsgeschäften	141
bb. Grundsätze der h.A. zu Blankobürgschaftsverpflichtungen	142
cc. Eigene Stellungnahme	144
dd. Zusammenfassung zu b	145
c. Formanforderungen an die Ausfüllungsermächtigung zur Vervollständigung einer Blankovollmachtsurkunde	146
3. Auswirkungen einer formwidrigen Ausfüllungsermächtigung und einer unwirksamen Blankovollmachtsurkunde auf das Entstehen der Vollmachtsurkunde	148
a. Offene Blankettlage	148
aa. Zurechnung der Wirkungen an den Blankettgeber	149
bb. Auswirkungen einer formnichtigen Ausfüllungsermächtigung	150
cc. Folgen für § 174 S. 1 BGB	151
b. Verdeckte Blankettlage	152
aa. Zurechnung der Wirkungen an den Blankettgeber	153
bb. Auswirkungen einer formnichtigen Ausfüllungsermächtigung	153
cc. Folgen für § 174 S. 1 BGB	155
4. Ergebnis zu I	155
II. Inhaberurkunde als Vollmachtsurkunde i.S.d. § 174 S. 1 BGB	156
III. Zusammenfassung zu C. und Folgerungen für die Kündigung durch den Vertreter des Arbeitgebers	157

D.	Anforderungen an die Vorlage der Vollmachtsurkunde	158
I.	Begriff der Vorlage und Akt des Vorlegens	158
II.	Konkreter Vorlagegegenstand.....	159
1.	Erfordernis des Originals der Vollmachtsurkunde	159
2.	Analoges Vorlageerfordernis bzgl. der Ausfüllungsermächtigung bei der Blankovollmachtsurkunde	160
III.	Vorlagezeitpunkt	161
1.	Nachgereichte Vollmachtsurkunde zwischen Vornahme des Rechtsgeschäfts und Zurückweisung	162
a.	Ansicht <i>Becks</i>	162
b.	Eigene Stellungnahme	162
aa.	Wortlaut des § 174 S. 1 BGB	163
bb.	Historische Betrachtung.....	163
cc.	Aspekte des Schutzzwecks des § 174 BGB	164
dd.	Systematische Erwägungen	164
c.	Ergebnis zu 1.....	165
2.	Vorlage unmittelbar vor der Vornahme des Rechtsgeschäfts	165
IV.	Exkurs: Vorlage eines elektronischen Vollmachtsnachweises	166
V.	Ergebnis zu D.....	168
E.	Nachweis der Vollmacht (Prokura) beim Prokuristen	169
I.	Vorlage einer (beglaubigten) Abschrift bzw. eines (amtlichen) Ausdrucks des Handelsregisters	170
II.	Anzeige eines elektronisch vom Registergericht übermittelten Dokuments (offline-Anzeige)	173
III.	Online-Einsicht in das Handelsregister.....	173
IV.	Ergebnis zu E. und Folgerungen für die Kündigung durch den Prokuristen	174
F.	Nachweis der Vertretungsmacht bei der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	175
I.	Nachweisprobleme der organschaftlichen Vertretungsmacht der Gesellschafter	175
1.	Vorlage des Gesellschaftsvertrags.....	175

2.	Vorlage der von allen Gesellschaftern unterzeichneten Erklärung der Gesamtvertretungsberechtigung („Bestätigungserklärung“)	180
3.	Vorlage der Ermächtigungsurkunde für den Alleinvertreter / Vorlage der „Bestätigungserklärung“ für den Einzelvertreter	183
4.	Ergebnis zu I. und daraus folgende Konsequenzen für die Anwendbarkeit des § 174 BGB (analog)	184
II.	Lösungsansätze	185
1.	Lösungsansatz von T. Körber und Effer-Uhe: Nutzen von Eintragungsmöglichkeiten	185
2.	Eigener Lösungsansatz: Nachweis der Vertretungsverhältnisse mittels Nachweiskette	185
III.	Ergebnis zu F	187
G.	Nachweis der Vertretungsmacht bei alleinvertretungsberechtigtem Gesamtvertreter im Falle von im Register publizierten Vertretungsverhältnissen	188
H.	Nachweis der Vertretungsmacht beim Unterbevollmächtigten	188
I.	Zusammenfassung zu § 6	189
§ 7.	Geltendmachung des Zurückweisungsrechts	191
A.	Unverzüglichkeit der Zurückweisung	191
B.	Anforderungen an die Zurückweisungserklärung	196
I.	Zurückweisungsgrund	196
1.	Gesetzeswortlaut: „aus diesem Grunde“	196
2.	Problematik des Vertreters ohne Vertretungsmacht	197
a.	Exklusivität zwischen Nichtvorlage der Vollmachtsurkunde und mangelnder Vertretungsmacht	197
b.	Folgerungen für den Grund der Zurückweisung bei vollmachtlosem Handeln aus der Exklusivität	199
II.	Inhaltliche Anforderungen an die Zurückweisungserklärung	199
1.	E.A.: Beanstandung enthält keine Zurückweisung	201
2.	A.A.: Beanstandung enthält eine Zurückweisung	202

3. Eigene Stellungnahme	202
4. Sonderproblem: Die Zurückweisung des einseitigen Rechtsgeschäfts eines Vertreters ohne Vertretungsmacht	204
a. Meinungsstand	204
b. Eigene Stellungnahme	205
C. Zusammenfassung zu § 7	206

4. Teil: Ausschluss des Zurückweisungsrechts

§ 8. Grundsätze der Inkenntnissetzung	211
A. Form und Zeitpunkt der Inkenntnissetzung	212
I. Form der Inkenntnissetzung	212
II. Zeitpunkt der Inkenntnissetzung	213
1. Inkenntnissetzung vor bzw. nach der Vornahme des Rechtsgeschäfts	213
2. Inkenntnissetzung bei Vornahme des Rechtsgeschäfts	213
a. Erforderlichkeit einer (aktualisierten) Inkenntnissetzung im Vornahmezeitpunkt	214
b. Möglichkeit der erstmaligen Inkenntnissetzung im Vornahmezeitpunkt	215
B. Informationslastverteilung: Handeln durch den Vollmachtgeber	216
I. Zufällige Kenntniserlangung	217
II. Informationslast des Vollmachtgebers und ihre Grenzen	217
C. Unmittelbarkeit der in Kenntnis setzenden Mitteilung	218
I. Anforderungen an die Unmittelbarkeit	218
II. Kundgabe der Bevollmächtigung durch öffentliche Bekanntmachung	219
D. Zulässigkeit der Vertretung bei der Inkenntnissetzung und in Kenntnis setzende Vertretungsanzeige	220
I. Ausschluss der Vertretung	221
II. Anforderungen an den Nachweis der Legitimation des zur Inkenntnissetzung bevollmächtigten Vertreters	221

1.	Gewissheitsinteresse des Erklärungsempfängers	221
2.	Vornahme der Inkenntnissetzung in Vertretung durch den das einseitige Rechtsgeschäft vornehmenden Vertreter, insbesondere Unterzeichnung „i. V.“	222
III.	Inkenntnissetzung unter Zuhilfenahme eines Erklärungsboten	223
IV.	Ergebnis zu D	223
E.	Zusammenfassung zu § 8	223
§ 9.	Möglichkeiten der Inkenntnissetzung	225
A.	Inkenntnissetzung durch Kundgabe der Bevollmächtigung im Arbeitsvertrag	225
I.	AGB-Kontrolle bzgl. Inkenntnissetzungsklauseln	225
II.	Umsetzung der Kundgabe der Bevollmächtigung im Arbeitsvertrag	225
1.	Namentliche Benennung des Kündigungsbevollmächtigten	226
2.	Widmung einer Stellung zu einer zur Kündigung berechtigenden	226
B.	Inkenntnissetzung durch Berufung in eine Stellung	228
I.	Grundsätze zur Inkenntnissetzung durch die Berufung in eine „üblicherweise zur Kündigung berechtigende Stellung“	230
1.	H.A.: Inkenntnissetzung durch die Berufung in eine „üblicherweise zur Kündigung berechtigende Stellung“	230
2.	A.A.: Keine Inkenntnissetzung durch die Berufung in eine „üblicherweise zur Kündigung berechtigende Stellung“	231
3.	Stellungnahme zur Inkenntnissetzung durch die Berufung in eine „üblicherweise zur Kündigung berechtigende Stellung“	233
a.	Stellungnahme zur h.A. und der an ihr ergangenen Kritik	233
b.	Beurteilung der Ausführungen <i>Ulricis</i>	234
aa.	Anscheinsvollmacht und Vertrauensschutz	234
(1)	Vertrauen des Erklärungsempfängers auf das tatsächliche Bestehen der Vertretungsmacht	235
(2)	Kein Vertrauen des Erklärungsempfängers auf das tatsächliche Bestehen der Vertretungsmacht	235

(3) Pflicht zum Vertrauen auf den Anschein der Bevollmächtigung	236
(4) Konfusion durch Verkehrung des Vertrauensschutzes	237
bb. Ergebnis zu b	238
c. Eigener Lösungsansatz.....	238
aa. Praktischer Aspekt.....	239
bb. Teleologischer Aspekt	240
cc. Historischer Aspekt	241
d. Ergebnis zu 3.....	241
II. „Üblicherweise zur Kündigung berechtigende Stellung“	241
1. Charakteristik der „üblicherweise zur Kündigung berechtigenden Stellung“	242
a. Grundproblematik am Beispiel des Niederlassungsleiters	242
b. Kriterienkatalog anhand einer gesamtheitlichen Rechtsprechungsanalyse	243
2. Folgen für Personalleiter, Prokuristen, General- und Handlungsbevollmächtigte sowie Niederlassungsleiter	245
a. Personalleiter	245
b. Prokurist	246
c. Generalbevollmächtigter	246
d. Handlungsbevollmächtigter	246
e. Niederlassungsleiter	247
III. Inkenntnissetzung durch Mitteilung der Stelleninhaberschaft in der Kündigungserklärung bei einer „üblicherweise zur Kündigung berechtigenden Stellung“ oder einer gewidmeten Stellung	248
IV. Exkurs: Inkenntnissetzung von der Bevollmächtigung zur Inkenntnissetzung durch Berufung in eine „üblicherweise zur Inkenntnissetzung berechtigende Stellung“	249
C. Inkenntnissetzung durch Verweis auf vom Arbeitgeber bereitgestellte Wahrnehmungswege	250
I. Verweis auf den Wahrnehmungsweg	252
1. Grundanforderungen	252

2.	Zeitliche Anforderungen, insbesondere Aktualität der Information	253
II.	Einzelne Wahrnehmungswege	256
1.	Generelle Anforderungen an einen Wahrnehmungsweg, insbesondere Zumutbarkeit	256
2.	Konkrete Wahrnehmungswege	257
a.	Das „Schwarze Brett“ und Aushangflächen im Betrieb	257
b.	Intranet und Internet	259
c.	Der leicht erreichbare Vorgesetzte	259
III.	Inkenntnissetzung bei Konkurrenz zwischen mehreren Wahrnehmungswegen	260
D.	Inkenntnissetzung durch Eintragung eines Prokuristen in das Handelsregister und die dortige Bekanntmachung	261
I.	H.A.: Inkennntnissetzung durch Eintragung und Bekanntmachung	263
II.	A.A.: Keine Inkennntnissetzung durch Eintragung und Bekanntmachung	264
III.	Eigene Stellungnahme	265
IV.	Auswege aus dem „Inkenntnissetzungsdilemma“	266
1.	Inkenntnissetzung durch Vorlage des Ausdrucks des Handelsregistereintrags	267
2.	Inkenntnissetzung durch den Verweis des Arbeitgebers auf die Einsichtnahme in das Handelsregister	270
3.	Ausweg: Inkennntnissetzung durch Mitteilung über die Berufung eines Prokuristen	271
V.	Ergebnis zu D	272
E.	Inkenntnissetzung durch vom Vertreter vorgelegte formell unzureichende „Vollmachtsurkunden“	273
F.	Ausnahmsweise mittelbare Inkennntnissetzung, insbesondere durch Attribut-Zertifikate	274
G.	Inkenntnissetzung durch Mitteilung auf der Mitarbeiterversammlung und im Rahmen ähnlicher betrieblicher Foren	275
H.	Konzernweite Inkennntnissetzung	277

I. Konkurrenz zwischen verschiedenen in Kenntnis setzenden Informationen	278
I. Grundsatz der Spezialität	278
II. Grundsatz der Aktualität	279
III. Widerruf einer, mehrerer oder aller Informationen	279
 § 10. Die Treuwidrigkeit der Zurückweisung nach § 242 BGB	281
 5. Teil: Zusammenfassung der Einzelergebnisse in Thesen	
Arten der Kündigungsberechtigung	287
Kündigung bei zweifelhafter Kündigungsberechtigung	287
Anwendungsbereich des § 174 BGB	288
Bevollmächtigung als Anwendbarkeitsvoraussetzung	288
Vorlage der Vollmachtsurkunde	290
Geltendmachung des Zurückweisungsrechts	294
Grundsätze der Inkenntnissetzung	295
Möglichkeiten der Inkenntnissetzung	296
Treuwidrigkeit der Zurückweisung nach § 242 BGB.....	304
 Literaturverzeichnis	305
 Rechtsprechungsverzeichnis	323
 Abkürzungsverzeichnis	335